

BLEIBERECHT IST RECHT AUF ZUKUNFT

Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen



RECHT
AUF
ZUKUNFT

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Herausgeber:
Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069 / 24 23 14 0
Fax: 069 / 24 23 14 72
Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50
BIC BFSWDE33XXX

Druck:
directpunkt GmbH
Ausschläger Allee 178
20539 Hamburg
Telefon: 040 / 237860 0

Veröffentlicht im August 2022

DAMIT DAS CHANCEN- AUFENTHALTSRECHT WIRKLICH ZUR CHANCE WIRD!

Das neue Chancen-Aufenthaltsrecht, das die Bundesregierung Anfang Juli 2022 für in Deutschland geduldete Menschen vorgelegt hat, weist in die richtige Richtung. Um tatsächlich erfolgreich zu sein und Fortschritte für die Betroffenen zu bewirken, müssen vor der Verabschiedung durch den Bundestag jedoch dringend einige zentrale Korrekturen erfolgen.

Das erklärte Ziel des Gesetzes lautet: Menschen, die bereits lange in Deutschland leben, sollen die Chance auf ein gesichertes Bleiberecht erhalten. Eine solche Regelung ist für geduldete Menschen, deren Existenz bislang von vielerlei Sanktionierungen und Angst vor einer Abschiebung geprägt ist, dringend nötig. Und sie ist gesellschaftlich und politisch sinnvoll. So engagieren sich bereits seit längerer Zeit Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für ein Bleiberecht von geduldeten Beschäftigten, die in den Betrieben dringend gebraucht werden – aktuell zusammen mit PRO ASYL in der Initiative »Recht auf Zukunft«.

BLEIBERECHT: UM WAS GEHT ES?

Am 1. Januar 2022 hielten sich in der Bundesrepublik 242.029 geduldete Personen auf. 136.605 davon lebten zu diesem Zeitpunkt bereits über fünf Jahre in Deutschland. Diese können nun unter weiteren Voraussetzungen ein Chancen-Aufenthaltsrecht bekommen. Der Aufenthaltstitel gilt für ein Jahr. Während des einjährigen Chancen-Aufenthaltsrechts müssen die Menschen

- Nachweise über ihre Identität erbringen und sich in der Regel einen Pass ihres Herkunftslandes beschaffen,
- sich Arbeit suchen und – bis auf Schüler*innen und Auszubildende – selbst oder überwiegend selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen,
- und – abgesehen von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die sich noch in einer Ausbildung befinden – bereits über hinreichende mündliche Deutschkenntnisse verfügen.

Gelingt ihnen dies, erhalten sie bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen ein Bleiberecht. Gelingt es ihnen nicht, fallen sie in den vorherigen unsicheren Status der Duldung zurück und können abgeschoben werden. Beim Chancen-Aufenthaltsrecht handelt es sich um eine einmalige Sonderregelung mit dem Stichtag 1. Januar 2022. Eine mögliche Fristverlängerung oder anderweitige individuelle Rücksichtnahmen bezüglich der zu erfüllenden Anforderungen sind bislang nicht vorgesehen.

»DIE AUSLÄNDERBEHÖRDENFRAGEN NICHT, WIE KÖNNEN WIR LEUTE INTEGRIEREN UND HIERBEHALTEN, SONDERN DIE FRAGEN: GIBT ES EIGENTLICH EINEN RECHTLICH ABSOLUT GESCHÜTZTEN GRUND, DASS JEMAND HIERBLEIBEN MUSS.«

Joachim Heilborn, Ausländerrechts-Anwalt, focus.de, »Trotz Arbeit, Wohnung und gutem Deutsch ist Omar gefangen in der Duldungs-Spirale«, 15.02.2022

MÄNGEL IM VORLIEGENDEN GESETZENTWURF

Das Chancen-Aufenthaltsrecht der Bundesregierung ist in seiner derzeitigen Form nicht ausreichend. Drei zentrale Punkte verhindern, dass die dringend nötigen Verbesserungen erreicht werden und die Betroffenen ihr Recht auf eine Zukunft in Deutschland tatsächlich in einer Vielzahl realisieren können.

1. BEFRISTUNG (Stichtagsregelung):

Die Bindung des Gesetzes an den Stichtag 1. Januar 2022, an dem die geduldeten Menschen mindestens fünf Jahre in Deutschland leben müssen, versagt allen anderen die Chance auf einen legalisierten Aufenthalt. Probleme und Belastungen wie Kettenuldungen und andere Restriktionen bleiben weiterhin bestehen.

PRO ASYL fordert: Das Gesetz sollte unabhängig von einem Stichtag ausgestaltet werden.

2. RÜCKFALL IN DEN DULDUNGSSTATUS:

Sollten Menschen, denen das einjährige Chancen-Aufenthaltsrecht zugesprochen wurde, auch nur an einer der in diesem Zeitraum zu erfüllenden Voraussetzungen scheitern, fallen sie trotz aller Bemühungen unmittelbar und alternativlos in den prekären Status der Duldung zurück.

PRO ASYL fordert: Das Gesetz sollte Verlängerungsoptionen vorsehen, um inhumane Härten und individuelle Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

3. IDENTITÄTSKLÄRUNG MITTELS PASSBESCHAFFUNG:

Während des Chancen-Aufenthaltsrechts sollen die Betroffenen einen Identitätsnachweis aus ihrem Herkunftsland erbringen, was oft nicht möglich ist – unter anderem, weil viele Botschaften ihre Mitarbeit verweigern. Auch hier ist die Frist definitiv auf ein Jahr begrenzt. Für Menschen, denen dies nicht gelingt, ist damit ein unmittelbarer Rückfall in den vorherigen Duldungsstatus nebst drohender Abschiebung absehbar.

PRO ASYL fordert: Wie ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen, sollte die Identitätsklärung auch durch eine »Versicherung an Eides statt« ermöglicht werden.

BLEIBERECHT: UM WEN GEHT ES?

K. W.* aus Afghanistan: Kann der vollbeschäftigte 24-Jährige ohne Pass ein dauerhaftes Bleiberecht erlangen?

2017 erhält K. W. eine Duldung. So kann er sich ein neues Leben in Deutschland aufbauen, arbeiten, eine Wohnung mieten und seinen Unterhalt aus eigenen Kräften sichern. 2020 kommt der Schock: Die zuständige Behörde lehnt eine ihr vorgelegte Geburtsurkunde als unzureichend zur Identitätsklärung ab. K. W. gerät in die unerbittlichen Mühlen der Abschiebebürokratie. Ihm wird die Arbeitserlaubnis entzogen, sein Aufenthaltsstatus wird zur »Duldung light« gemindert. Damit unterliegt er zahlreichen Sanktionen. Zuvor wirtschaftlich unabhängig, muss er nun Asylbewerberleistungen beziehen: 160 EUR monatlich bleiben ihm fortan für Lebensmittel, Fahrkarten, Körperhygiene und Kleidung. Ein Termin bei der afghanischen Botschaft zur Passbeschaffung verläuft ergebnislos. Die Wende seiner bedrückenden Verhältnisse kommt nur aufgrund der Machtübernahme der Taliban und der daraus folgenden Unmöglichkeit einer Passbeschaffung zustande. Ende 2021 erhält K. W. die Duldung nebst Arbeitserlaubnis zurück. Sein Leben fängt sozusagen bei Null wieder an. Heute ist er erneut in Vollzeit beschäftigt.

M. G.* aus Indien: Was muss die junge Frau noch unternehmen, um endlich hier ihre Zukunft gestalten zu dürfen?

M. G. flieht vor ihrem gewalttätigen Ehemann und kommt 2013 in Deutschland an. Die Familie versagt ihr jeglichen Schutz. Seit 2015 lebt M. G. geduldet in Deutschland und arbeitet seitdem in einer Bäckerei. Ende 2019 wird ihr die »Duldung light« erteilt, da sie nur eine Kopie ihres alten Reisepasses zum Identitätsnachweis vorlegen kann. Gleichzeitig wird ein Arbeitsverbot erteilt. Seit 2020 bemüht sie sich um einen neuen Pass, doch die ihr auferlegten Bedingungen sind zum Verzweifeln. Die indische Botschaft verlangt dafür eine Erlaubnis des Ehemannes, der nach indischem Recht mit ihr verheiratet ist und vor dessen Gewalt sie fliehen musste. Um diese Erlaubnis zu umgehen, müsste sie sich scheiden lassen, wofür sie der Botschaft wiederum einen gültigen Reisepass vorlegen soll – ein Teufelskreis.

S. N.* aus Burkina Faso / Republik Côte d'Ivoire: Wie kann der junge Mann jemals die Anforderungen der Ausländerbehörde erfüllen?

S. N. wird in Burkina Faso geboren, wächst aber in der Republik Côte d'Ivoire auf, da seine Eltern dorthin migrieren. Nach seiner Flucht erhält er 2017 in Deutschland eine Duldung und findet eine Anstellung als Lagerhelfer. Auf Aufforderung der Ausländerbehörde zur Identitätsklärung und Passbeschaffung legt er eine Geburtsurkunde und Schulzeugnisse vor – im Original sowie in deutscher Übersetzung. Zugleich kann er bescheinigen, mehrfach bei der Botschaft Burkina Fasos in Berlin vorgesprochen zu haben, um einen Pass zu bekommen. Dennoch verhängt die Ausländerbehörde 2020 die »Duldung light«, die binationale Herkunft von S. N. wird in Frage gestellt. Der junge Mann muss seinen Job aufgeben und darf seitdem nicht mehr arbeiten. Seit der ab 2020 zunehmend zugespitzten Sicherheitslage in Burkina Faso, die 2022 zum Militärputsch führte, reagiert die Botschaft nicht mehr auf seine Passanfragen.

»DIESES GEFÜHL, DASS MAN NIE HIER ANKOMMT, DASS MAN DIE GANZE ZEIT WIE EIN BLATT IN DER LUFT SCHWEBT, IST AN SICH SCHON ZIEMLICH ERBÄRMLICH.«

Momo, seit 2015 in Deutschland und mitten in seiner Ausbildung zum Erzieher über seinen unsicheren Aufenthaltsstatus, proasyl.de, Video »Recht auf Zukunft«

»DULDUNG LIGHT« – WAS BEDEUTET DAS?

2019 führt die damalige Bundesregierung eine neue Form der Duldung ein. Diese so genannte »Duldung light« zielt auf Menschen ab, die bei der Identitätsklärung oder Passbeschaffung angeblich nicht ausreichend mitwirken – sie trifft erfahrungsgemäß jedoch viele, deren Identität längst geklärt ist oder die trotz aller Bemühungen an der Passbeschaffung scheitern. Eine »Duldung light« hat für die Betroffenen unter Umständen harte Konsequenzen:

Arbeitsverbot, Wohnsitzauflage, Kürzung beim Leistungsbezug und Inhaftierung zum Zweck der Identitätsklärung und anschließenden Abschiebung sind mögliche Folgen.

Willkür statt Recht? Die Unterschiede sind gravierend.

Die einzelnen Bundesländer gehen völlig unterschiedlich mit der Sanktionierungsmöglichkeit »Duldung light« um. Für die betroffenen Flüchtlinge ist es ein fatales Glücksspiel, ob sie z.B. in Sachsen-Anhalt leben, wo annähernd jede(r) Zweite Opfer dieser Maßnahme wird, oder ob sie – wie z.B. in Hamburg – weitgehend unbehelligt bleiben. Der Koalitionsvertrag sieht die Streichung der »Duldung light« vor – doch konkret hat die Bundesregierung noch keine Schritte in diese Richtung eingeleitet.

	Geduldete	davon »Duldung light«	in %
Baden-Württemberg	34.600	2.845	8,3
Bayern	29.147	4.548	15,6
Berlin	13.275	1.277	9,6
Brandenburg	6.790	746	11,0
Bremen	3.098	88	2,8
Hamburg	7.129	181	2,5
Hessen	13.036	2.196	16,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.029	875	21,7
Niedersachsen	22.018	1.716	7,8
Nordrhein-Westfalen	64.176	4.916	7,7
Rheinland-Pfalz	10.351	943	9,1
Saarland	1.279	65	5,1
Sachsen	11.423	2.125	18,6
Sachsen-Anhalt	5.608	2.288	40,8
Schleswig-Holstein	11.834	439	3,7
Thüringen	4.476	238	5,3
Deutschland	242.029	34.360	Ø 11,7

2022



© PROSA/STL

2020



© Picture Alliance

2018



© Picture Alliance

2015



© Picture Alliance

2013



© Picture Alliance

2007



© Picture Alliance

DEUTSCHLAND BENÖTIGT JÄHRLICH HUNDERTTAUSENDE NEUE ARBEITSKRÄFTE

In Deutschland herrscht Fachkräftemangel, Industrie und Handwerk weisen seit Jahren darauf hin. Christian Dettmers, Geschäftsführer einer Onlineplattform für die Jobsuche prophezeit: **»Es wird bald einen noch nie dagewesenen Wettbewerb um Einwanderer geben, denn die Arbeiterlosigkeit betrifft nicht nur uns, sondern praktisch alle Industrienationen ... 60 Prozent der Migranten aus einem Nicht-EU-Land arbeiten in Deutschland in Jobs, für die sie überqualifiziert sind.«***

STATEMENTS AUS DER WIRTSCHAFT

»WIR SELBST BESCHÄFTIGEN VIELE MITARBEITER*INNEN MIT FLUCHTHINTERGRUND UND ERLEBEN SIE TAGTÄGLICH ALS WERTVOLLE BEREICHERUNG – BERUFLICH WIE PRIVAT.«

Dennis Balslev, CEO & CSO, Ikea

»WIR BEI BEN & JERRY'S KÖNNEN NICHT TATENLOS DABEI ZUSEHEN, WIE MENSCHEN, DIE SICH EIN LEBEN IN DEUTSCHLAND AUFGEBAUT HABEN, EINFACH ABGESCHOBEN WERDEN. DAS IST NICHT MIT UNSEREN WERTEN VEREINBAR ... WIR MÜSSEN JETZT DIE MENSCHEN SCHÜTZEN, DIE UNSERE GESELLSCHAFT SEIT JAHREN BEREICHERN.«

Volker von Witzleben, Ben & Jerry's Social Mission Activist DACH

* Sebastian Dettmers, CEO von StepStone, zeit.de, »Es wird einen noch nie dagewesenen Wettbewerb um Einwanderer geben«, 20. Juni 2022

STATEMENTS VON BETROFFENEN

»ICH ARBEITE DEN GANZEN TAG, UND ABENDS KANN ICH NICHT SCHLAFEN ... ICH LIEBE DEUTSCHLAND UND DIE MENSCHEN HIER, DIE HELFEN SEHR. ABER DIE BEHÖRDEN: OH, MEIN GOTT.«

Herr C., 2017 ohne Visum nach Deutschland eingereist und hier verheiratet, soll wegen fehlender Papiere wieder ausreisen und erhält nur unregelmäßig eine Duldung.*

»MEIN LEBEN IST HIER. WENN SIE MICH IN MEINE HEIMAT ABSCHIEBEN, WEISS ICH NICHT, WAS DORT AUF MICH WARTET. DIE ABSCHIEBUNG IST IMMER IN MEINEM KOPF. ICH HABE ANGST DAVOR, DENN DAS KANN JEDEN TAG PASSIEREN.«

Nafi, seit 2015 in Deutschland, vollzeitbeschäftigt als Fahrer und Küchenhelfer, seit 2016 bei der Diakonie als Dolmetscher engagiert, befürchtet täglich seine Abschiebung.**

»ES IST SO, ALS HÄTTE ICH ALL DIE JAHRE GAR NICHT EXISTIERT.«

Abdounnassir Konfe, aus Burkina-Faso geflüchtet, erreichte Mitte 2015 Deutschland.***

* nd-aktuell.de, »Im Zweifel gegen die Betroffenen«, 02. Februar 2022

** aktion.proasyl.de/bleiberecht/Video »Ich habe ein Recht auf Zukunft«

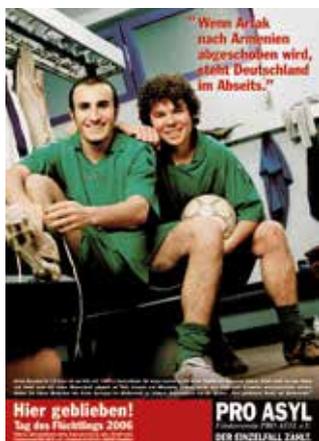
*** zeit.de, »Aufwachen, anziehen, warten«, 23. Mai 2022

SEIT ÜBER 20 JAHREN SETZT SICH PRO ASYL FÜR EINE FAIRE BLEIBERECHTSREGELUNG EIN

In den Jahren 2006/2007 konnten nach langen politischen Auseinandersetzungen so genannte »Altfallregelungen« für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge erreicht werden. Leider waren die damals durchsetzbaren Regelungen – wie auch das aktuelle Chancen-Aufenthaltsrecht – nur stichtagsgebunden.

Das Resultat: Anstatt langfristige politische Lösungen anzubieten, muss immer wieder neu um eine Bleiberechtsregelung gerungen werden.

PRO-ASYL-Bleiberechtskampagne 2005



BETROFFENE SOFORT SCHÜTZEN: MITMACHEN UND MAIL SENDEN!

Nach den Regelungen der Innenministerien einzelner Bundesländer werden immer noch Menschen abgeschoben, die durch das kommende »Chancen-Aufenthaltsrecht« geschützt wären. Den betroffenen Menschen wird damit ihre Perspektive auf einen legalisierten Aufenthalt und eine gesicherte Zukunft in Deutschland genommen.

Für das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag werden noch einige Monate benötigt, bis das Gesetz in Kraft tritt. In Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen, Thüringen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Niedersachsen gibt es bereits eine so genannte Vorgriffsregelung, die die Betroffenen bis dahin schützt. Dies muss so schnell wie möglich bundesweite Praxis werden!

PRO ASYL ruft die Innenminister*innen aller Bundesländer dazu auf, Abschiebungen auszusetzen!

Unterstützen Sie die Aktion »Recht auf Zukunft« und fordern Sie die zuständigen Innenminister*innen der Länder per E-Mail dazu auf, die Betroffenen zu schützen!

Mitmachmöglichkeiten unter:
QR-Code oder
aktion.proasyl.de/bleiberecht/



